

29. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 21. NOVEMBER 2006

Vorlage Nr. 857 ANFRAGE
Zu TOP 15

A N F R A G E

der Stadträte Wolfram Jäger und Dr. Thomas Müller, der Stadträtinnen Bettina Meier-Augenstein, Marianne Krug und Christiane Staab (CDU) sowie der CDU-Gemeinde-ratsfraktion vom 20. September 2006

Pflegeplätze in Karlsruhe

An welchen Standorten sollen in Karlsruhe neue Pflegeheime entstehen? Wie weit sind die jeweiligen Planungen vorangeschritten?

Für welche dieser geplanten Projekte ist welcher Träger bereits vorgesehen? Wie sieht das jeweilige Konzept konkret aus? Werden zum Beispiel gezielt Konzepte zur Versorgung demenzkranker Menschen entwickelt?

Wie viele Plätze sollen in den Einrichtungen jeweils entstehen?

Welche Priorität kommt den einzelnen Projekten zu?

Wird in Stadtteilen, in denen es zurzeit noch keine Pflegeeinrichtung gibt oder in denen ein Defizit an Plätzen besteht, zukünftig eine ausreichende Anzahl an Plätzen vorhanden sein?

Ist nach jetzigem Stand gewährleistet, dass der für das Jahr 2015 errechnete Gesamtbedarf an Pflegeplätzen abgedeckt werden kann?

Sachverhalt/Begründung:

Insgesamt besteht in Karlsruhe ein gutes Angebot an Pflegeheimplätzen: In 38 Häusern stehen über 3.000 Plätze zur Verfügung. Mehrere neue Projekte sind zurzeit in Planung.

Vergleicht man den Bestand im Jahr 2005 mit dem voraussichtlichen Bedarf im Jahr 2015, so ist festzustellen, dass in einigen Stadtteilen, wie zum Beispiel in der Innenstadt-West oder in Durlach, ein Überhang an Plätzen besteht, während in anderen Stadtteilen, beispielsweise in Neureut oder der Waldstadt, ein Defizit vorhanden ist.

In Stadtteilen wie der Nordweststadt, Daxlanden oder Oberreut gibt es überhaupt keine Pflegeeinrichtung.

Ziel muss grundsätzlich die möglichst wohnortnahe und individuelle Betreuung von Pflegebedürftigen sein. Wichtig sind darüber hinaus spezielle Konzepte und Betreuungsmöglichkeiten für Menschen mit Alterskrankheiten wie Demenz.

gez. Wolfram Jäger
gez. Dr. Thomas Müller
gez. Bettina Meier-Augenstein
gez. Marianne Krug
gez. Christiane Staab

Hauptamt - Sitzungsdienste -
10. November 2006

Stellungnahme